Albanien

Tobias Flessenkemper

Am 27. Juni 2014 bestätigte der Europäische Rat Albaniens EU-Kandidatenstatus. Bis Juni 2015 haben Regierung und Parlament aber zu wenige Fortschritte erzielt, als dass die Europäische Kommission den Beginn von Beitrittsverhandlungen hätte empfehlen können. Mit der Wahl von Edi Rama zum Ministerpräsidenten im Jahre 2013 und der von der Sozialistischen Partei (SP) geführten Regierung verband sich die Hoffnung auf einen Generations- und politischen Stilwechsel sowie einen Wandel der politischen Kultur. Aber der Antagonismus zwischen der SP und der geschwächten oppositionellen Demokratischen Partei (DP) bremst weiterhin eine stetige EU-Annäherung ab.

Mehr Profil in Europa

Jedoch gelang es der Regierung, das Profil Albaniens zu schärfen. Im August 2014 präsentierten die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Rama gemeinsam die Ergebnisse des Berliner Balkangipfels. Die Bundesregierung hatte die Regierungschefs, Außen- und Wirtschaftsminister Albaniens, Bosnien und Herzegowinas, der Republik Kosovo, Mazedoniens, Montenegros und Serbiens mit ihren Amtskollegen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und den Europäischen Institutionen nach Berlin eingeladen, um den EU-Integrationsprozess zu beleben. Als Vorsitzender (bis Mai 2015) der Südosteuropäischen Politischen Zusammenarbeit (South Eastern European Political Co-operation, SEECP) hatte Rama die Chance prominent an Merkels Seite die Ergebnisse vorzustellen. Der medienwirksame Auftritt Ramas wurde innenpolitisch genutzt, um die SP-Regierung mit dem Nimbus der Unterstützung Deutschlands zu versehen. Auch inhaltlich konnte Rama punkten, indem er und der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić die deutsche Idee einer Balkanjugendinitiative aufgriffen. Das neue Selbstbewusstsein Albaniens auf europäischer Ebene führte auch zu größerer Aufmerksamkeit und zum kurzzeitigen Aufflackern einer Diskussion um „groß-albanische“ Ambitionen. Im Oktober 2014 trübten sich die Beziehungen zwischen Albanien und Serbien ein, nachdem ein Fußballländerspiel in Belgrad wegen Ausschreitungen serbischer Hooligans abgebrochen werden musste. Ende Mai 2015 fand der erste Besuch eines serbischen Ministerpräsidenten in Tirana statt. Vučić und Rama versprachen trotz Differenzen, insbesondere bei der Anerkennung der Republik Kosovo, im Dialog zu bleiben und das gemeinsame Ziel der EU-Mitgliedschaft zu verfolgen.[1] Geschickt agierte die Regierung im „dramatisch veränderten globalen und europäischen Sicherheitsumfeld“[2], das durch den Krieg in der Ukraine und der geopolitischen Auseinandersetzung mit Russland gekennzeichnet ist. Hier positionierte sie sich als konstruktiver Partner der Europäischen Union und glich Albaniens Außenpolitik zu 100 Prozent der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) an.

1 Adelheid Wölfl: Franzosen und Deutsche als Vorbilder für Serben und Albaner, in: derStandard.at, 27.5.2015.

2 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Brüssel, 18. Mai 2015, Dok. 8971/15.

Kein innenpolitischer Durchbruch

Das internationale Profil steht im Kontrast zur innenpolitischen Konfrontation. Die Machtübernahme der SP hat das Vertrauen in Politik und Verwaltung nicht gestärkt. Nach Ende des Parlamentsboykotts der oppositionellen DP verlagerte sich der parteipolitische Konflikt auf die Verfassungsorgane und vor allem zwischen der SP-Regierung und dem Staatspräsidenten Bujar Nishani aus dem DP-Lager. Streitpunkte wurden der Oberbefehl und die Kontrolle der Armee. Gesetzesänderungen und Verordnungen zielten darauf ab, die Verfassungsbefugnisse des Präsidenten einzuschränken. Dies rief die Vereinigten Staaten auf den Plan, die sich um die militärpolitische Zuverlässigkeit des NATO-Mitglieds Albanien sorgten und die Auseinandersetzung vorerst entschärften. Der fortdauernde innenpolitische Antagonismus lähmte die gesetzgeberische Arbeit des Parlaments. So gab es kaum Fortschritte bei den „Fünf EU-Prioritäten" (Verwaltungs- und Justizreform, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung, Menschenrechte, insbesondere von Minderheiten und Eigentumsrecht). Ebenfalls schleppend verlief die Einrichtung des Nationalen Rats für die Europäische Integration. Er wurde erst Anfang Mai 2015 im Vorfeld des Treffens des Stabilisierungs- und Assoziierungsrates einberufen. Den Vorsitz führt die DP-Abgeordnete Majlinda Bregu, die auch den EU-Ausschuss leitet. Diese Schritte erfolgten dank des „Hochrangigen Dialogs" unter Vorsitz des zuständigen Kommissars Johannes Hahn. Treffen des im November 2013 begonnenen Dialogs fanden am 29. September 2014 und 24. März 2015 mit Vertretern der Regierung und Opposition in Tirana statt.

Ausblick

Die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage rückt die „Fünf EU-Prioritäten" zusätzlich in den Hintergrund. Die Griechenlandkrise und die Schwäche einiger europäischer Wirtschaften ließen zum Beispiel die Rücküberweisungen von 952 Mio. Euro 2007 auf 544 im Jahr 2014 zusammenschrumpfen. Die Rückwanderung von in der Europäischen Union arbeitenden Familien erhöhte den Druck auf Sozial- und Bildungssysteme.[3] Seit 2011 ist das Wachstum in Albanien mehr als halbiert und liegt nunmehr bei knapp 1,5 Prozent und die Arbeitslosenrate erreichte 2014 über 18 Prozent.[4] 67 Prozent der Jugendlichen geben an, auswandern zu wollen. Dies ist der höchste Prozentsatz in den Westbalkanländern.[5] Kein Wunder, dass im fünften Jahr der Visaliberalisierung die Zahl der Menschen, die per Asylantrag einen Ausweg in die Europäische Union suchen, auf über 15.000 im Jahr 2014 angestiegen ist.[6] Die Mitgliedstaaten verlangen vor Beginn der Beitrittsverhandlungen weitere Strukturreformen.[7] Allein ob sie zu einer wirtschaftlichen Verbesserung und Entschärfung der innenpolitischen Situation beitragen können, bleibt abzuwarten.

3 Tony Barber: Albania braced for fallout from Greek crisis, in: Financial Times, 2.7.2015.

4 Regional Cooperation Council (RCC): Balkan Barometer 2015. Public Opinion Survey, Sarajevo 2015, S. 17-18.

5 Dane Taleski/Haley Reimbold/Klaus Hurrelmann: Building Democracies in South East Europe: Youth as an Unwilling Agent?, in: Klaus Hurrelmann/Michael Weichert (Hrsg.): Lost in Democratic Transition? Political Challenges and Perspectives for Young People in South East Europe, Berlin/Maribor/Skopje 2015, S. 15-66, hier S. 42.

6 Europäische Stabilitätsinitiative (ESI): New facts and figures on Western Balkan Asylum Seekers, 6.4.2015, S. 2.

7 Rat der Europäischen Union: Pressemitteilung. Siebte Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Albanien. Brüssel, 18. Mai 2015, Nr. 300/2015.